

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

Europäische Sozialpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1982) : Europäische Sozialpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 2, pp. 56-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135644>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hans-Eckart Scharrer

Europäische Solldarmpolitik

Alle Initiativen für eine europäische „Relance“ bestätigen im Grunde nur eines: um die Europäische Gemeinschaft ist es nicht zum besten bestellt. Und wirklich hinterlassen die Nachrichten der letzten Wochen einen deprimierenden Eindruck: Den Außenministern ist es nicht gelungen, eine Lösung für den britischen Finanzbeitrag zu finden. Der Weinkrieg zwischen Frankreich und Italien, vor kurzem erst beigelegt, ist neu entbrannt. Die Zahl der Vertragsverletzungen hat sich 1981 verdoppelt. Das Beihilfenunwesen wuchert: Stahl (alle Erzeugerländer) und Textil (Belgien) sind nur die aktuellsten Beispiele. Frankreich hat eine merkantilistische Strategie zur Rückeroberung des Inlandsmarktes eingeleitet. Griechenland fordert eine Neuverhandlung seiner Beitrittsbedingungen nach britischem Vorbild. Und für einige der geplanten Wirtschaftssanktionen gegen die Sowjetunion (Einfuhrbeschränkungen bei Kaviar und Krimsekt) hätte der Ministerrat den Orden wider den tierischen Ernst verdient.

Ist die Gemeinschaft am Ende? Sicher ist: hohe und noch wachsen-

de Arbeitslosigkeit, Inflation und Leistungsbilanzdefizite lassen die nationalen Interessen – und Interessengegensätze – in voller Schärfe hervortreten. Der innergemeinschaftliche Verteilungskampf wird härter, aus Partnern werden Konkurrenten. Unterschiedliche ordnungspolitische Konzeptionen im weiten Spektrum zwischen Mitterrand und Thatcher (oder auch Lambsdorff) sorgen für zusätzlichen Zündstoff. Zugleich gilt aber auch, daß niemand die Gemeinschaft zerstören möchte. Erweist sie sich bei der Lösung nationaler Probleme auch manchmal als lästig, so ist doch evident, daß ihr Zerbrechen die Schwierigkeiten der Mitgliedstaaten noch multiplizieren müßte. Die Dimension der nationalen Beschäftigungs- und Haushaltsprobleme verleitet freilich dazu, die Belastbarkeit der Partnerländer immer aufs neue zu testen. Die Gemeinschaft wird so Tropfen für Tropfen ausgehöhlt.

Was ist zu tun, was könnte vor allem die Bundesrepublik Deutschland tun? Rechtliche Schritte allein, so notwendig sie im Einzelfall sein können, vermögen den gefährlichen Trend nicht zu stoppen. Die Genscher-Initiative und das französische Memorandum klammern, ebenso wie die bisherigen Vorschläge der belgischen Präsidentschaft, die Kernprobleme der Gemeinschaft aus oder bieten nur Scheinlösungen an.

Erforderlich ist aber eine positive Strategie der Konfliktminimierung im Innern bei Offenhaltung der Gemeinschaft nach außen. Ein erstes Element einer solchen „gemeinschaftsstützenden“ Strategie wäre die Einsicht, daß unter den derzeitigen Bedingungen eine Konjunkturpolitik, die nach „klassischem“ Nachkriegsrezept vor allem auf den Export setzt, zumindest teilweise ein Abwälzen eigener Beschäftigungsprobleme auf die – nicht minder belasteten – Partnerländer im-

pliziert. Sie leistet damit dem Protektionismus Vorschub und ist daher letztlich „self-defeating“. Binnenwirtschaftlich orientierten Maßnahmen gebührt deshalb Priorität, auch wenn die Leistungsbilanzanpassung dadurch etwas langsamer vonstatten geht. Auf europäischer Ebene bietet sich der Versuch abgestimmter Zinssenkungen, wie kürzlich bereits praktiziert, an. Die „Kosten“ dafür – Verschlechterung der Terms of Trade und importierte Inflation aufgrund möglicher Kursabschwächungen gegenüber dem Dollar – lassen sich bei stabilem innergemeinschaftlichem Kursgefüge und kontrollierter Geldmengenerweiterung in Grenzen halten.

Häufigere Anpassungen der Leitkurse im EWS – ein zweites Element dieser Strategie – würden zwar die Stabilitätsprobleme einiger EG-Staaten vergrößern. Dennoch sind sie unerlässlich, wenn die anhaltende Verschlechterung der Preiswettbewerbsfähigkeit Frankreichs und Italiens vor allem zugunsten der Bundesrepublik Deutschland, eine weitere Quelle wachsenden Protektionismus, gestoppt werden soll. Drittens bieten sich als Alternative zu der zunehmend geforderten stärkeren Abschottung der Gemeinschaft nach außen energische Initiativen zur Schaffung einer echten Gemeinschaftspräferenz „nach innen“, d. h. ein rascherer Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse im innergemeinschaftlichen Verkehr, an. Mitgliedstaaten mit besonders hohem Aktivsaldo im innergemeinschaftlichen Handel könnten dabei vorangehen.

Die akuten Haushalts- und Agrarprobleme der Gemeinschaft würden auf diese Weise zwar nicht gelöst. Wohl aber könnte eine derartige europäische Solldarmpolitik dazu beitragen, beschäftigungs- und handelspolitische Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten zu begrenzen und damit ein Klima zu schaffen, in dem eine europäische „Relance“ doch noch möglich wird.